

## **Erklärung von Mitwirkenden des Initiativen-Netzwerkes Elbinseln zur Planungswerkstatt „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ am 22.2.2013**

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung zum Planungsprozess „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ haben wir bereits deutlich formuliert, wie wir uns Bürgerbeteiligung vorstellen. Als Folge dieser Kritik wurde eine offene Vorbereitungsgruppe aus Bürger\_innen und Verwaltung für die Planungswerkstätten eingerichtet. In der ersten Sitzung der Vorbereitungsgruppe wurde gemeinsam eine lange Liste mit Anforderungen für einen künftigen Stadtplanungsprozess formuliert.

Wir von den Elbinseln haben langjährige Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Beteiligungsformaten im Guten, wie im Schlechten. Deswegen haben wir auch eine durch Praxis gereifte Vorstellung davon, was die Qualitäten „guter“ Verfahren sind. Mit weniger muss man als Planer hier nicht antreten. Viele Aktive Wilhelmsburgs, sind z.B. erschüttert darüber, wie mit den Vorschlägen des Beratungsgremiums zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation umgegangen wurde. Damit ist nur ein Beispiel dafür benannt, dass Engagement von Bürgerinnen und Bürger für eine positive Stadtteilentwicklung von den Entscheidern nicht ernstgenommen wird. Um dieses Engagement erneut zu aktivieren, muss verlorenes Vertrauen wieder aufgebaut werden.

Die Anforderungsliste für einen Ko-Kreativen Planungsprozess zur Entwicklung der Elbinseln, beschreibt wunderbar wie das gehen kann:

- Stadtteilbezogene Akteure müssen definiert und auch erreicht werden.
- Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten muss gefördert werden und die Diversität des Stadtteils durch die Mitwirkenden repräsentiert sein.
- Der Beteiligungsprozess muss ein Dialog auf Augenhöhe sein, eine Co-Kreation zwischen lokalen Akteuren, Wirtschaft Fachexperten, Verwaltung und Politik.
- Die Öffentlichkeitsarbeit und die Kommunikation in den Stadtteil müssen niedrigschwellig und intensiv sein, um viele Menschen zu erreichen.
- Die Verwendung der gemeinsam erzielten Ergebnisse muss verbindlich vor Prozessbeginn vereinbart werden.
- Die im Stadtteil bisher erfolgreich realisierten Prozesse und gewonnenen Erkenntnisse müssen gewürdigt werden (z.B. Erkenntnisse im Rahmen der IBA-Foren oder die bisher geleisteten Strukturen und Reflexionen der Beiräte), sie sollten genutzt und daran sollte angeknüpft werden.
- Ein zukünftiger Entwicklungsprozess braucht Luft und darf nicht unter Zeitdruck gestellt werden.
- Im Beteiligungsprozess müssen eigene Ideen und Strukturen aus der Bevölkerung heraus entstehen und wachsen können. „Externe Experten“ sollten begleitend/unterstützend wirksam werden.
- Im Beteiligungsprozess und den Folgejahren muss eine transparente Rückkopplung über die Ergebnisverwendung zwischen Behörden und Bürger\_innen gewährleistet sein.
- Für den Beteiligungsprozess müssen Kriterien zur Bemessung und Bewertung des Erfolges der Mitwirkung erarbeitet werden.
- Dem Beteiligungsprozess dürfen keine Tabus oder Denkverbote auferlegt werden.

Am Ende eines Planungsprozesse ständen unter diesen Rahmenbedingungen nicht nur ein von allen Beteiligten akzeptiertes Ergebnis, sondern auch eine nachhaltig verbesserte Kommunikation zwischen ihnen und eine gestärkte Zivilgesellschaft. So kann man das scheinbar angestaubte Wort „Gemeinwohl“ mit neuem Leben füllen.

Jetzt stehen wir aber erst mal vor den Scherben eines Planungsprozess, der „Planungswerkstätten“, die praktisch nichts von den gemeinsam formulierten Anforderungen eingelöst haben.

Vor zwei Wochen haben ca. 25 Vertreter\_innen der auf den Elbinseln aktiven Initiativen und engagierte Menschen im Rahmen des „Initiativen Netzwerk Elbinseln“ beraten, wie es weiter gehen kann mit der Planungswerkstatt „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“.

Festgestellt wurde zunächst: Die stattgefundenen Planungswerkstätten sind gescheitert. Die Ergebnisse können nicht als Resultate eines Bürgerbeteiligungsprozesses bezeichnet werden und dürfen daher so auch nicht unter diesem Label in den weiteren Planungsprozess einfließen.

Als Gründe dafür wurden ausgemacht:

- Die Vorgaben – insbesondere die räumliche Eingrenzung auf einige wenige Entwicklungsgebiete – waren zu rigide.
- Die Rahmenbedingungen – zum Beispiel der kurze Zeitraum – wurden zu eng gefasst.
- Die Dokumentationen der Veranstaltungen waren intransparent und selektiv hinsichtlich der im Prozess eingebrachten Beiträge.
- Der Prozess war nicht ergebnisoffen.
- Die Prozessstruktur konnte durch die Teilnehmer nur unzureichend mitgestaltet werden. Alle Erwartungen der Bürger\_innen wurden in einen zweiten Handlungsstrang verschoben (Weißbuch 2.0), der noch nicht einmal in Vorbereitung ist.
- Die Planung und Öffentlichkeitsarbeit war zu keinem Zeitpunkt darauf ausgelegt, tatsächlich aktivierend in die Bevölkerung zu wirken.
- Es gibt keinerlei Vereinbarung darüber, was mit den Ergebnissen der Planungswerkstätten passieren wird, keine Zusagen für einen Rückkopplungsprozess, keine Transparenz.

Folglich war von Veranstaltung zu Veranstaltung ein starker Rückgang der teilnehmenden Einwohner\_innen zu verzeichnen. Bis hin zu einem gefühlten Verhältnis Bürger\_innen zu Verwaltungsexperten von 1 zu 5.

Das geht besser. Aber in der Vorbereitungsgruppe wurde ja auch ein Modell für einen länger dauernden Entwicklungsprozess erarbeitet. Wunderbar, dass jetzt nach dem Bezirk Hamburg-Mitte auch die BSU dafür mit im Boot ist. Wir erwarten, dass die bereits - gemeinsam - formulierten Anforderungen und Kriterien ab sofort umgesetzt werden. Mit Ehrgeiz und Ermöglichungswillen aller Beteiligten.

Ein glaubwürdiger Dialog über die Zukunftsentwicklung der Elbinseln erfordert vorab vor allem Verständigung und Klarheit zwischen Bürger\_innen und Entscheidungsträgern über die Themenstellungen, die Rahmenbedingungen und die Spielräume des Prozesses.

Wir erwarten zudem ein Signal des Senats, dass die Mitwirkung der Menschen vor Ort bei der Planung und Umsetzung der Zukunftsentwicklung der Elbinseln unabdingbar ist und ausdrücklich gewünscht wird.

Bei den Themenstellungen darf es keine Tabus und Denkverbote geben. Deshalb müssen sowohl der Hafen-Stadt-Konflikt als auch eine integrierte Planung von Stadt und Verkehr Gegenstand der Beratungen über die Zukunftsentwicklung sein.

Ebenso gehören die Themen Bildung, Arbeitsmarkt, Armut, Zusammenleben und Kultur in ein integriertes Gesamtkonzept.

Wir erwarten, dass die bisherigen Ergebnisse der Planungswerkstatt zum jetzigen Zeitpunkt nicht für weitere Planungen berücksichtigt werden, da zu viele Fragen und Zielvorstellungen seitens der Bürger offen geblieben sind.

Wir erwarten dringend einen Neuanfang zum Thema Stadtentwicklung auf den Elbinseln mit geeigneteren Instrumenten und Strukturen zu starten. Ohne Zeitdruck!

In diesem Sinne, lassen Sie uns anfangen.